

Interview

In Vorbereitung des VII. Parteitaggen verpflichteten sich die Wissenschaftler unserer TH, der Forderung nach einer allgemeinen Grundausbildung aller Studenten auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung Rechnung zu tragen.

Um zu erfahren, was bisher zur Erfüllung dieser Verpflichtung geschehen ist, wandte sich die Redaktion des Hochschulzeigers an Genossen Dr.-Ing. Bürger, Mitglied der Parteilitung der Fakultät für Elektrotechnik, der in der Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung an der Ausarbeitung des Planes der vorgesehenen Grundausbildung in Datenverarbeitung mitwirkte. Wir veröffentlichten zunächst das mit ihm geführte Gespräch.

HS: Welches Ziel stellte sich die Arbeitsgemeinschaft mit der Übernahme der Aufgabe, die Voraussetzungen für den baldigen Beginn einer allgemeinen Grundausbildung in EDV für alle Studenten zu schaffen?

Dr. Bürger: Bekanntlich hatte Genosse W. Ulbricht bereits im November 1968 in seiner Rede an der TU Dresden sehr deutlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die elektronische Datenverarbeitung bei der Ausbildung von Hochschul-ingenieuren und Absolventen auf naturwissenschaftlich-technischen Gebieten die gleiche Bedeutung erlangen wird, wie etwa die Grundlagenfächer Mathematik, Physik und Chemie. Weiter hat dann der VII. Parteitag und zuletzt auch das 3. Plenum des ZK noch einmal mit allem Nachdruck die große Bedeutung der EDV und der notwendigen breiten Grundausbildung in diesem Fach an den Hochschulen für die Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution unterstrichen. Die Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung stellte sich daher das Ziel, möglichst die Voraussetzungen für die Ausbildung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung im zweijährigen Grundstudium zu schaffen.

Wie weit sind wir mit der Ausbildung aller Studenten in den Grundlagen der Datenverarbeitung?

Die Grundlagenausbildung in Datenverarbeitung soll in allen Fachrichtungen unserer TH im Herbstsemester 1969 beginnen.

HS: Wie wurden die Fachrichtungsanstalten der TH und auch die entsprechenden Industriebetriebe in die Vorbereitungen einbezogen?

Dr. Bürger: Es wurden mehrere Entwürfe des Ausbildungsplanes diskutiert. Dabei gelang es, nicht zuletzt durch die Unterstützung der Hochschulparteiorganisation, breite Kreise in die Diskussion einzubeziehen. Vor allem der 3. Entwurf — der bisher letzte — wurde eingehend in den Fakultäten beraten und auch den wichtigsten Betrieben zugestellt.

Bemerkenswert ist — wie die bisherigen Stellungnahmen zeigen —, daß die Industrie eine wesentliche inhaltliche und zeitliche Erweiterung für die Ausbildung in Datenverarbeitung im Grundstudium fordert, unsere Institute jedoch nur teilweise eine gewisse Erweiterung des Stoffes entsprechend ihrer Fachrichtungsbelange wünschen, wobei die vorgezogene Stundenzahl aber noch reduziert werden soll.

Uns scheint, daß — ohne alle Wünsche der Industrie in vollem Maße akzeptieren zu können — an unserer TH aber das Problem noch nicht überall völlig klar ist, welche Bedeutung eine gründliche Ausbildung der Studenten in EDV im Grundstudium für jede einzelne Fachrichtung besitzt. Es wird selbstverständlich notwendig sein, den endgültigen Ausbildungsplan so zu gestalten, daß er den eingangs genannten Forderungen würdige Rechnung trägt.

HS: Wie soll die Grundausbildung in Datenverarbeitung nun aussehen?

Dr. Bürger: Zur inhaltlichen Gestaltung der Ausbildung ist zu sagen, daß die vorgesehenen Lehrveranstaltungen vom 1. bis 4. Semester mit anschließendem Programmierkurs als ein geschlossenes Ganzes zu betrachten sind. Ab 2. Semester werden folgende Vorlesungen durchgeführt:

Einführung in die Grundlagen der Datenverarbeitungstechnik mit der Behandlung des Aufbaus und der Wirkungsweise von EDV-Anlagen;

Einführung in die Anwendungstechnik der EDV einschließlich Datenfluß- und Netzwerktechnik;

Einführung in die Programmierungstechnik mit praktischer Ausbildung am Digitalrechner im Lehrgangsprinzip nach dem 4. Semester.

Für jedes Gebiet ist eine Leistungsprüfung vorgesehen. Die Ergebnisse werden zu einer Gesamtnote zusammengefaßt und als Nachweis für die Studenten im Studienbuch eingetragen.

Diese Grundausbildung ist für alle Studenten unserer TH als obligatorische Lehrveranstaltung vorgesehen, da alle Absolventen — einschließlich Ingenieurpraktikanten — in ihrem späteren Beruf mit Problemen der Datenverarbeitung zu tun haben werden.

HS: Soll die Ausbildung in EDV über das Grundstudium hinaus weitergeführt werden?

Dr. Bürger: Die Lehrveranstaltungen im Fach Datenverarbeitung fügen sich in die Drei-Phasen-Ausbildung ein, da im Grundstudium bei Verwirklichung der vorgesehenen Konzeption nur ein erforderliches notwendiges Wissen auf dem Gebiet vermittelt wird. In der Fachausbildung muß vor allem die Anwendung des erworbenen Wissens auf das jeweilige Fachgebiet vorgesehen werden. Es muß hier betont werden, daß für die Ausbildung in der zweiten Phase die Fachrichtungsanstalten verantwortlich sein müssen, da nur sie die speziellen Probleme ihrer Fachrichtung kennen.

HS: Was ist jetzt noch erforderlich, damit die Grundlagenausbildung für alle Studenten unserer TH mit Beginn des Studienjahres 1969/70 ordnungsgemäß beginnen kann?

Dr. Bürger: Die Voraussetzung für den Beginn der Ausbildung in diesem Jahr ist das Einfügen der erforderlichen Stunden in die Grundlagendiagnostik der Fakultäten. Der Senat sollte deshalb bei der Verabschiedung des Studienplans die Dekrete verpflichten, bei der zur Zeit laufenden Überarbeitung dieser Studienpläne die Datenverarbeitung entsprechend zu berücksichtigen.

In der Fakultät für Elektrotechnik wurde bereits in dem überarbeiteten Grundlagendiagnostikplan, der dem Beirat des Ministeriums zur Bestätigung zugestellt wird, die Lehrveranstaltungen in Datenverarbeitung einbezogen. Es ist notwendig, daß auch in allen anderen Fakultäten die Grundlagendiagnostik schnellstens ergänzt werden.



Staatstitel errungen

Abteilung Schweißtechnik als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet

Nach einjährigem ernstem und zielstrebigem Bemühen um die Erfüllung der in einem Kampfsprogramm festgelegten Aufgaben und Verpflichtungen, konnte die Abteilung Schweißtechnik am Institut für Technologie des Maschinenbaus im November des vergangenen Jahres mit dem Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet werden. Er wurde damit erstmalig an ein Kollektiv von Mitarbeitern im wissenschaftlichen Bereich unserer Hochschule verliehen.

Die Würdigung und Auswertung ihrer ausgezeichneten Arbeitsergebnisse, die sie in Lehre, Erziehung und Forschung besonders in Vorbereitung des VII. Parteitages und des 30. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erzielten, erfolgte durch den Rektor, Genossen Prof. Dr. Jäckel, anlässlich einer gemeinsamen Sitzung des Senats und der FDJ-Leitung unserer TH.

Das Kollektiv der Mitarbeiter der Abteilung Schweißtechnik will im Kampf um höchste Leistungen in Ausbildung, Erziehung und Forschung auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen. So stellen sie sich in ihrem gemeinsamen Arbeitsprogramm für 1969 u. a. besonders

die Leistungssteigerung zu fördern und vorzeitige Exmatrikulationen zu vermeiden.

— Erarbeitung einer Konzeption für die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit der Studenten, insbesondere in Vorbereitung des 100. Geburtstages von Karl Marx.

— Erarbeitung des Studienplanes für das Direktstudium, unter besonderer Beachtung der Aufgaben, die sich aus der Bildung der Section Fertigungstechnik und -organisation ergeben.

— Profilierung der Forschung im Rahmen der Section, Bildung von Forschungsgruppen und verstärkte Einbeziehung der Studenten in die Lösung der Forschungsaufgaben.

— Neuordnung des postgradualen Fachstudiums Schweißtechnik hinsichtlich Organisation, Inhalt, Zeitpunkt und Werbung.

— Neugestaltung der Vorlesungsinhalte für das Direktstudium sowie weitere Schaffung von Lehrhilfsmitteln.

Ein wesentlicher Teil des Programms befaßt sich mit der Verbesserung der wissenschaftlichen Beziehungen unter den Mitarbeitern der Abteilung.

— Verstärkte Betreuung der Seminargruppen der unteren Semester, um



Auftrag verantwortungsbewußt erfüllt

Genosse Dr.-Ing. Kunow für seine Tätigkeit in Kuba ausgezeichnet

Im November des vergangenen Jahres wurde Genosse Dr.-Ing. Hans Kunow, Dozent und Leiter der Abteilung Standardisierung und Aufwandsnormung am Institut für Ökonomie des Maschinenbaus, als Aktivist des Siebenjahrplanes ausgezeichnet. Damit fanden seine Verdienste ihre Würdigung, die er sich als Wissenschaftler der DDR in der Republik Kuba erworben.

Zu seinem Aufenthalt in Kuba und die ihm dort gestellten Aufgaben erklärte er:

„In den vergangenen Jahren wurde mir zweimal Gelegenheit gegeben, meine Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Standardisierung vor den Toren der USA aufwärtsstrebenden sozialistischen Inselrepublik zur Verfügung zu stellen.“

Während meines ersten mehrtägigen Aufenthaltes 1964 konnte ich eine Reihe Fachvorträge vor leitenden Vertretern der Industrie halten, sprach aber auch vor Wissenschaftlern und Studenten der technologischen Fakultäten der drei bedeutend-

Santa Clara und Santiago de Cuba.

Bei meinem zweiten Besuch der kubanischen Republik 1966/67 übertrug mir meine Gastgeber vor allem sehr umfangreiche verantwortungsvolle Aufgaben in der Industrie. Inzwischen mit der spanischen Sprache gut vertraut geworden, hielt ich aber auch längere Zeit Fachvorlesungen an den Universitäten in Santiago de Cuba und Santa Clara.

Es ist für mich eine tiefe Befriedigung, daß ich durch meine Arbeit dazu beitragen konnte, den Aufbau dieses vom aggressiven USA-Imperialismus ständig bedrohten Landes schneller voranzubringen. Ich denke auch, daß es mir durch die vielen guten Kontakte mit den kubanischen Bürgern möglich gewesen ist, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden sozialistischen Staaten weiter vertiefen zu helfen.“

Glückwünsche

Im Dezember 1967 konnten zwei unserer Genossen ihren 75. bzw. 85. Geburtstag feiern. 73 Jahre alt wurde am 28. Dezember Genosse Wilhelm Dietrich, seit 20 Jahren Mitglied unserer Partei. Für hervorragende Arbeitsleistungen wurde er zweimal als Aktivist ausgezeichnet und erhielt die goldene Aufbaumedaile im NAW. Genosse Dietrich arbeitet noch immer als Meister im Versuchsfeld des Instituts für Technologie des Maschinenbaus.

Seinem 85. Geburtstag beging am 18. Dezember Genosse Walter Becht. Er war bis 31. Dezember 1967 als Maschinenmeister in der Uniformation Bedenheimer Straße tätig. Für seine vorbildliche Arbeit wurde er zweimal als Aktivist ausgezeichnet und war Mitglied der Heizerbrigade unserer TH, die sich 1967 den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ erkämpfte.

Beiden Jubilären nachträglich unseren herzlichsten Glückwünsche!

Zum Brief Walter Ulbrichts an die Grundorganisationen

Es geht um die Erhöhung der Kampfkraft der Grundorganisationen

Von Genossen Dr. Klaus Ludwig, Mitglied der Leitung der FPO I

Die großen Aufgaben, die unsere Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften bei der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gestellt sind, erfordern eine wesentliche Erhöhung der Effektivität von Ausbildung, Erziehung und Forschung.

Die wichtigste Voraussetzung dafür sind die kontinuierliche Verbesserung der Tätigkeit der Parteilösungen, die ständige Erhöhung der Kampfkraft der gesamten Parteilösungsorganisation und ihrer ideologisch-politischen Wirksamkeit in allen Bereichen der Fakultät. Aus diesem Grunde gab es in den letzten Wochen in den Parteilösungen, APO-Leitungen und in der Fakultätsparteilösungsorganisation ernsthafte Überlegungen, wie diese Forderungen besser als bisher im Fakultätsbereich erfüllt werden können.

In Auswertung der bisherigen Arbeit wurde es dabei von den Genossen der gesamten Fakultätsparteilösungsorganisation als notwendig erachtet, im Zuge der jetzt beginnenden Parteivalen Strukturänderungen in der

Fakultätsparteilösungsorganisation vorzunehmen, um künftig eine bessere Lösung der Aufgaben der Fakultät zu sichern.

Die wichtigsten Gesichtspunkte, die in diesem Zusammenhang der FPO I eine Rolle spielen, sind die Konsolidierung spezieller Abteilungsparteilösungsorganisationen Mathematik und Physik sowie die Eingliederung der Genossen Studenten in die APO ihres Fachrichtungsstudiums.

Mit der vorgesehenen neuen Struktur soll unsere Parteilösungsorganisation werden. Indem die Genossen Studenten der betreffenden Fachrichtung unmittelbar an den kritischen Aussinnderungen und schöpferischen Beratungen über die vor der APO stehenden Aufgaben teilnehmen, wird ein wichtiger Schritt zu ihrer gemeinsamen besseren Bewältigung getan werden. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, daß damit zugleich auch die Verantwortung der APO im Hinblick auf die Verbesserung der parteimäßigen Erziehung aller Genossen wachsen wird. Schließlich wird mit der Zusam-

menführung aller Genossen aus unseren beiden größten wissenschaftlichen Fachbereichen — Mathematik und Physik — in eigenen Grundorganisationen die wenig übersichtliche Vielzahl der bisherigen APO II, die die Genossen Mitarbeiter aus allen Instituten der Fakultät vereinigte, verschwinden, und ein bedeutend konkreteres und tieferes Eingehen auf die Probleme, die in den einzelnen Bereichen gelöst werden müssen, möglich.

Es geht also darum, die Kampfkraft und politische Aktivität der Parteilösungsmitglieder und Kandidaten zu erhöhen und die Arbeit in allen Bereichen zu verbessern. Damit wollen wir in enger, kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Fakultätsangehörigen einen noch größeren Beitrag zur allgemeinen Stärkung der DDR, unseres sozialistischen Vaterlandes, leisten. Im Sinne der Erfüllung dieser Hauptaufgabe, wie sie Genosse Walter Ulbricht in seinem Brief an die Grundorganisationen hervorhebt, werden wir die Parteilösungen an unserer Fakultät durchführen.

kommentiert

Der Raubzug der Bonner Haie

Seit dem 1. Januar 1968 wird in Westdeutschland die Umsatzsteuer nach dem Netto-Allphasen-Prinzip erhoben. Diese sogenannte „Mehrwertsteuer“ ist natürlich keine zusätzliche Besteuerung der aus der Arbeiterklasse herausgepreßten Mehrwerts bzw. des Profits der Unternehmer. Eine solche Maßnahme ist von der Kiesinger/Strauß-Regierung nicht zu erwarten. Vielmehr war von vornherein zu befürchten, daß die Veränderung der Umsatzsteuererhebung ganz im Interesse der herrschenden Monopole erfolgen würde. Und das ist ja auch der Fall.

Obwohl in einer von der Bonner Regierung kurz vor Weihnachten herausgegebenen sogenannten Aufklärungsbroschüre „Sie wissen ja... die Mehrwertsteuer“, davon gesprochen wird, daß der Wechsel in der Besteuerung des Umsatzes „keine Grundlage für allgemeine Preisänderungen“ biete, kann es mit dem 1. Januar schlagartig zu Preissteigerungen, die den westdeutschen Werktätigen schwer auf der Tasche liegen.

So erhöhen sich die schon sehr hohen Preise in den Gaststätten um weitere zehn Prozent, so daß jetzt zum Beispiel eine Portion Käse mit Schinken in einer Aushausmahlzeit 5,89 DM (bisher 5,35 DM) kostet. Für einen Messer-Formschneit (bisher 9,00 DM) sind jetzt 9,80 DM auf den Tisch zu legen, und der Spitzenpreis für eine Omelette hat jetzt 42,00 DM erreicht. Die Tarife der Taxis wurden ausnahmslos um zehn Prozent angehoben, und selbst ein Tribünenplatz beim Hamburger SV hat sich von 14,00 DM auf 15,00 DM erhöht. Das sind nur einige Beispiele von vielen, die jetzt laufend bekannt werden.

Für den westdeutschen Werktätigen stellt sich das alles so dar, als würden die kleinen Gewerbetreibenden

den die Mehrwertsteuer jetzt zu einem Fischzug gegen die Verbraucher ausnutzen. Wenn die gesamte Springer-Pressse seit Wochen gegen die kleinen Produzenten und Händler Stimmung macht, dann nicht, weil es ihr um die Interessen der Werktätigen geht, sondern weil sie die Meinung der Werktätigen zu manipulieren versucht. Herauskommen soll: Die Regierung hat das nicht gewollt. Die Kleinen ziehen das Geld aus der Tasche. Sie sind die Schuldigen.

Was bezweckt die Bonner Regierung tatsächlich mit der Mehrwertsteuer?

In Wirklichkeit dient die Mehrwertsteuer dazu, die Positionen der westdeutschen Monopole auf dem internationalen Markt zu festigen und der Regierung Kiesinger/Strauß zwei Milliarden Mark zusätzlich für ihre aggressive Rüstungspolitik verfügbar zu machen.

Das sind die wirklichen Motive für die Einführung der Netto-Umsatzsteuer. Sie werden vor den Werktätigen natürlich verschwiegen. Soll sich deren Ärger und Unmut über die neuen Belastungen doch gegen die kleinen Gewerbetreibenden richten! Die herrschenden Monopole und ihre Kiesinger/Strauß-Regierung haben jetzt genügend zu tun, um so bald als möglich die Notstandsverfassung unter Dach und Fach zu bringen, um den Massen der westdeutschen Werktätigen damit noch mehr die Möglichkeiten nehmen zu können, sich gegen die Raubpolitik der großen Haie zur Wehr setzen zu können. Es ist daher auch klar, daß für den Kampf der westdeutschen Werktätigen gegen die wachsende Ausplünderung durch die Monopole die soziale Sicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik immer größere Bedeutung gewinnt.

H. T.